

Steigende Ausgaben für Kinder im Bürgergeld: Ein Blick auf 2023

Deutschland gab 2023 rund 5,6 Milliarden Euro Bürgergeld für Kinder aus. Die Zahl leistungsberechtigter Minderjähriger steigt.

Berlin (dpa) – Die Ausgaben des Bundes für Kinder und Jugendliche im Rahmen des Bürgergeldes beliefen sich im vergangenen Jahr auf beeindruckende 5,6 Milliarden Euro. Diese Zahlen resultieren aus einer Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer an das Bundessozialministerium und werfen ein Schlaglicht auf die finanzielle Unterstützung für einer der verletzlicheren Gruppen in der Gesellschaft.

Die steigenden Kosten und ihre Ursachen

Die 5,6 Milliarden Euro für Kinder im Bürgergeld (ehemals bekannt als Hartz IV) stehen im Kontext eines signifikanten Anstiegs der leistungsberechtigten Minderjährigen. Während 2010 lediglich 1,67 Millionen Minderjährige von solchen Leistungen profitierten, sind es Ende 2023 bereits etwa 1,8 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg von 7,8 Prozent in einem Zeitraum, in dem auch die Gesamtbevölkerung Deutschlands wuchs.

Demographischer Wandel: Kinder im sozialen Netz

Die demographischen Veränderungen zeigen sich ebenso im Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen

minderjährigen Leistungsberechtigten. Im Jahr 2010 gab es noch eine klare Mehrheit an deutschen Empfängern, während die Zahlen bis Ende 2023 nahezu ausgeglichen sind: 907.000 deutsche gegen 894.000 ausländische Minderjährige. Insbesondere die Zahl der aus der Ukraine stammenden Kinder hat sich mit 262.000 erheblich erhöht. Dies spiegelt die Herausforderungen wider, mit denen Deutschland im Zuge der Migration konfrontiert ist.

Die gesellschaftlichen Implikationen des Bürgergeldes

Mit 12,6 Prozent der Bevölkerung unter 18 Jahren, die im Jahr 2023 Bürgergeld beziehen, ist die Wahrnehmung dieser Unterstützung in der Gesellschaft von großer Bedeutung. Springer hat in diesem Zusammenhang gefordert, die Anreize zur Migration in die Sozialsysteme zu überdenken. Ziel dieser Forderungen ist es, eine klare „Migrationswende“ einzuleiten, die sowohl die sozialen als auch die wirtschaftlichen Implikationen dieser Entwicklungen berücksichtigt.

Fazit: Ein wachsendes soziales Sicherheitsnetz

Insgesamt sind die futuristischen ausgabenpolitischen Fragestellungen, die durch die steigenden Ausgaben für das Bürgergeld entstehen, ein deutliches Zeichen für die Notwendigkeit einer tiefgehenden gesellschaftlichen Diskussion über soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Während die Unterstützung für Kinder und Jugendliche zweifellos wichtig ist, fordert der Anstieg der Ausgaben auch ein Nachdenken über die Nachhaltigkeit und Effektivität der bestehenden Systeme. Der Status quo verlangt nach einer kritischen Analyse, um Gewährleistung bringen zu können, dass das Bürgergeld den Bedarfen der Gesellschaft gerecht wird, ohne dabei die Herausforderungen zu vernachlässigen, die sich aus der aktuellen Lage ergeben.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de